



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

M 242 Motion Töngi Michael und Mit. über einen Planungsbericht Luzern mit Zukunft / Staatskanzlei

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Michael Töngi hält an seiner Motion fest.

Michael Töngi: Leider ist die Motion in der Zwischenzeit nicht obsolet geworden, sondern nach wie vor sehr wichtig. Die Regierung verweist zwar in ihrer Stellungnahme auf die verschiedenen Planungsberichte und den AFP und sagt, dass kein Grund zur Aufregung bestehe. Die Beratung des AFP letzte Woche hat aber etwas anderes gezeigt. Schlussendlich wurden gerade einmal zwei Bemerkungen überwiesen, und nur eine davon soll priorisiert werden. Unserer Meinung nach müssten Leistungen und Finanzen zusammen betrachtet werden, was aber bei der Beratung der ordentlichen Geschäfte während des Jahres nicht möglich ist. Wir schlagen deshalb einen Planungsbericht vor, in dem der Kanton seine grundsätzliche Ausrichtung mit Schwerpunkten und der entsprechenden Finanzierung festlegen kann. Natürlich wird sich unser Parlament nicht 100-prozentig einig werden, aber es wäre wichtig, in Ruhe und mit der nötigen Zeit eine entsprechende Debatte führen zu können. Ich glaube, dass die Abstimmung über die Steuererhöhung auch darum verloren ging, weil diese nicht im KP17 enthalten war und deshalb vorgängig von keiner Begleitgruppe beraten worden war. Am Schluss fühlte sich niemand aus dem Parlament dafür verantwortlich, was deutlich spürbar war. Unserer Meinung nach befinden wir uns in einer fundamentalen Krise. Aus solchen Krisen kann man aber immer etwas lernen. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung der Motion zu. Es ist in den letzten Jahren offensichtlich geworden, dass der Kanton und die Parteien, aber auch die Bevölkerung einen Weg aus dem Irrgarten suchen. Da sich der Kanton seit ein paar Jahren in einer aussergewöhnlichen Situation befindet, braucht es eine aussergewöhnliche Reaktion. Die Regierung verweist in ihrer Stellungnahme auf die Kantonsstrategie und das Legislaturprogramm. Ich bin mir aber nicht sicher, inwieweit sich unser Parlament mit diesen Instrumenten jeweils auseinandersetzt. Ein weiteres Beispiel ist das Finanzleitbild; darin haben wir zwar Inhalte festgelegt, aber wie es der Name sagt, bezieht sich dort der Fokus auf die Finanzen. Trotz der vorhandenen Instrumente ist es sinnvoll, den Kanton auch einmal aus einer anderen, übergeordneten Optik zu betrachten. Für die Ausarbeitung eines neuen Legislaturprogramms und einer neuen Kantonsstrategie könnte es für den Regierungsrat hilfreich sein, wenn unser Parlament zuerst darüber berät und Schwerpunkte setzt. Spätere Grundsatzdiskussionen könnten dadurch vermieden werden. Dabei geht es um weit mehr als Finanzen und Steuern, sondern beispielsweise um wirtschaftspolitische Fragen.

Michèle Graber: In einem Punkt gebe ich Michael Töngi recht: Die gesamte Politik fokussiert sich zurzeit einfach nur auf die Finanzen. Aufgrund der klammen finanziellen Zustände ist ein innovatives und zukunftsgerichtetes Fortkommen in vielen Bereichen

blockiert. Nur, können wir das mit einem neuen Planungsbericht ändern? Brauchen wir ein neues Papier, welches Ausrichtung und Position des Kantons darstellt? Mit der Kantonsstrategie und dem Legislaturprogramm hat man ein Mittel für die Darstellung und Diskussion der strategischen Ausrichtung. Die Beteiligungsstrategie gibt eine Übersicht über die strategischen Ziele bei den ausgelagerten Aufgaben. Über Leistungsvereinbarungen sollten die Fachkommissionen des Kantonsrates zukünftig eine Leistungsdiskussion führen können. Vor Kurzem haben wir das Finanzleitbild mit den finanzpolitischen Grundsätzen und Schwerpunkten und einer ausführlichen Darstellung des Ist-Zustandes verabschiedet. Im AFP sind jeweils in jedem Bereich die politischen Leistungsaufträge dargestellt. Mit Bemerkungen kann der Kantonsrat richtungsweisend Einfluss nehmen. In den vielen Planungsberichten und Leitbildern, zum Beispiel in den Bereichen öV und Kultur, werden Strategien und Visionen diskutiert und festgehalten, aber leider nicht immer entsprechend nachverfolgt. Die GLP war und ist in einigen Punkten mit den Entscheidungen und Ausrichtungen der vorher beschriebenen Papiere und Geschäfte nicht einverstanden. Die schönen, teilweise traumtänzerischen Ziele und Strategien werden nicht eingehalten und können auch nicht eingehalten werden. Mit dem geforderten Planungsbericht können wir nichts ändern. Wir haben genügend Gefässe für eine vorausschauende und strategische Planung. Die Erstellung eines neuen Papiers, wie sie mit dieser Motion gefordert wird, unterstützen wir nicht. Die GLP lehnt die Motion ab.

Franz Räber: Mit der Kantonsstrategie führt und definiert der Kanton Luzern seine strategischen und langfristigen Planungen. Aufbauend auf dieser Strategie wird das Legislaturprogramm erstellt, das zusammen mit dem AFP die mittelfristigen Ziele des Kantons definiert. Diese Planungswerkzeuge sind in der Schweiz und sogar europaweit mustergültig und lassen nach Meinung der FDP genügend Möglichkeiten für umfassende Leistungsdiskussionen zu. Das vom Motionär geforderte Monitoring zwischen Nachbarkantonen und sogar in der ganzen Schweiz wird bereits alle vier Jahre auf der Basis der Kantonsstrategie durchgeführt. Ein weiterer Planungsbericht schafft keinen Mehrwert. Daher lehnt die FDP die Motion wegen Erfüllung ab. Mit der soeben erfolgten Erheblicherklärung der Motion M 204 ist genügend getan.

Roger Zurbruggen: Die CVP-Fraktion sieht die Forderung des Motionärs als erfüllt an und lehnt die Motion deshalb ab. Ausgehend von der Kantonsstrategie hat der Regierungsrat die Legislaturziele abgeleitet, und er richtet seine Tätigkeit danach aus. Unser Rat wirkt mittels Postulaten und Bemerkungen, und das funktioniert. Innerhalb dieser Planungstätigkeiten unserer Räte wird sehr wohl über Leistungen gesprochen. In der Stellungnahme wird am Beispiel Bildungspolitik im Jahr 2016 aufgezeigt, wie Realpolitik und mediale Wahrnehmung auseinanderklaffen und wie es die gestaltende Politik eben nicht in gebührendem Ausmass auf die mediale Bühne schafft. Stattdessen wird der Abbau in der Bildung wegen Sparmassnahmen als Dauerthema publizistisch zementiert, sodass die zahlreichen Leistungen von der Bevölkerung gar nicht mehr wahrgenommen werden. Unsere Journalisten tragen dabei eine grosse Verantwortung, was ihnen oftmals nicht bewusst ist. Schlechte Nachrichten verkaufen sich besser. Aber auch wir selber müssen uns in der Sprache üben, und was uns gelingt, nicht dauernd durch einen Finanzpessimismus unnötig verzerren. Da sind Selbstkritik und Eigenmonitoring gefragt. Die soeben erheblich erklärte Motion M 204 wirkt in eine ähnliche Richtung wie die vorliegende Motion.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ebenfalls ab. Ich kann mich den Voten meiner Vorredner anschliessen. Der Kanton verfügt über genügend geeignete Instrumente, ein weiteres ist nicht gerechtfertigt. Es ist vor allem die Schuld unseres Parlaments, dass keine Leistungsdiskussionen stattfinden. Ich bin seit zehn Jahren in diesem Parlament, in dieser Zeit wurde im AFP nur ein Antrag zu einer Leistung eingereicht. Es ist unser Fehler, wenn wir von diesem Instrument keinen Gebrauch machen. Es braucht viel, bis unser Rat eine Motion erheblich erklärt. Es ist unsere Schuld, dass uns der nötige Mut fehlt, gegen die Regierung zu entscheiden. Bei der vorliegenden Motion kommt mit den bevorstehenden Wahlen auch noch ein zeitliches Problem hinzu. Die Ausarbeitung würde bis weit in den Herbst dauern, bis dann sind die Arbeiten zur Kantonsstrategie und zum

Legislaturprogramm bereits weit fortgeschritten. Deshalb wäre es auch nicht gerechtfertigt, jetzt entsprechende Ressourcen zu binden

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Regierung stellt fest, dass die Forderungen der Motion mit der Kantonsstrategie, dem Legislaturprogramm und dem AFP bereits erfüllt sind. Diese Instrumente werden intensiv genutzt, um politische Weichen zu stellen. Das Legislaturziel der objektiven Sicherheit hat eine Aktualisierung des Polizeirechts ausgelöst. Das Legislaturziel, die Bildungsziele auf den Arbeitsmarkt auszurichten, wurde mit der Vorlage zum Campus Horw umgesetzt. Welche Leistungen schliesslich umgesetzt werden, entscheidet Ihr Rat in der politischen Diskussion des AFP. Hier erinnere ich Sie an die Diskussion der letzten Woche. Diskussionen um Leistungen sind immer auch Diskussionen um Finanzen. Unter den Fraktionen gibt es eine politische Kultur. Mit diesem Planungsbericht wird diese politische Kultur nicht besser, dazu sind andere Schritte notwendig. Ich bitte Sie, auf diesen Planungsbericht zu verzichten und die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 80 zu 20 Stimmen ab.